

**Landratsamt Rosenheim
- Sozialplanung -**



**Weiterentwicklung des Seniorenpolitischen
Gesamtkonzepts für den Landkreis Rosenheim**

**- Dokumentation -
der Fachveranstaltung
am 15.04.2016 in Bad Aibling / Mietraching**



Organisation:

Landratsamt Rosenheim

Jürgen Laupheimer (Sozialplaner)

Wittelsbacherstr. 53

83022 Rosenheim

Tel.: 08031 392-2003

E-Mail: juergen.laupheimer@lra-rosenheim.de

Einleitung

Das Seniorenpolitische Gesamtkonzept für den Landkreis Rosenheim wurde im November 2011 vom Kreistag verabschiedet. Das Konzept stellt einen Orientierungs- und Handlungsrahmen für alle Akteure der Seniorenhilfe und Seniorenpolitik im Landkreis Rosenheim dar. Seitdem sind alle Akteure angehalten, ihr Handeln an den Seniorenpolitischen Leitlinien und den genannten Zielsetzungen innerhalb der einzelnen Handlungsfelder zu orientieren.

Im Rahmen der Fachveranstaltung am 15.04.2016 in Bad Aibling / Mietraching haben sich 60 Teilnehmende an der Diskussion zur Weiterentwicklung des Konzepts beteiligt. Sie wurden über den aktuellen Stand der Umsetzung informiert. Zudem gab es die Möglichkeit zum Austausch in verschiedenen Arbeitsgruppen.

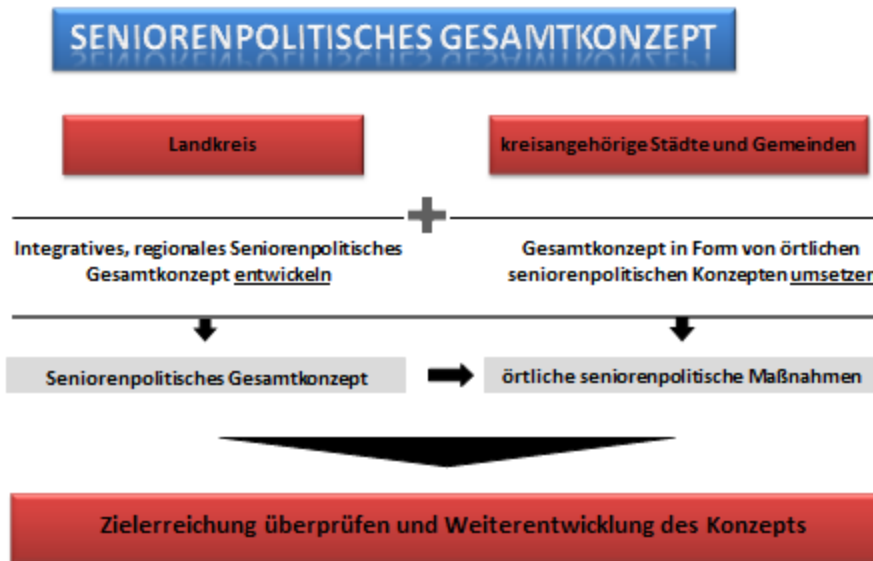
Programm

Wann?	Was?
16.00 – 16.30 Uhr	Begrüßung durch Landrat Wolfgang Berthaler Kurz zum Tagesablauf Seniorenpolitisches Gesamtkonzept: aktueller Stand der Umsetzung
16.45 – 17.30 Uhr	Erste Arbeitsgruppenphase
	P A U S E
18.00 – 18.45 Uhr	Zweite Arbeitsgruppenphase
19.00 – 19.30 Uhr	Plenum: Vorstellung der zentralen Ergebnisse der Arbeitsgruppen
19.30 – 20.00 Uhr	Ausblick und Verabschiedung

Eingangsreferat:

„Seniorenpolitisches Gesamtkonzept: aktueller Stand der Umsetzung“

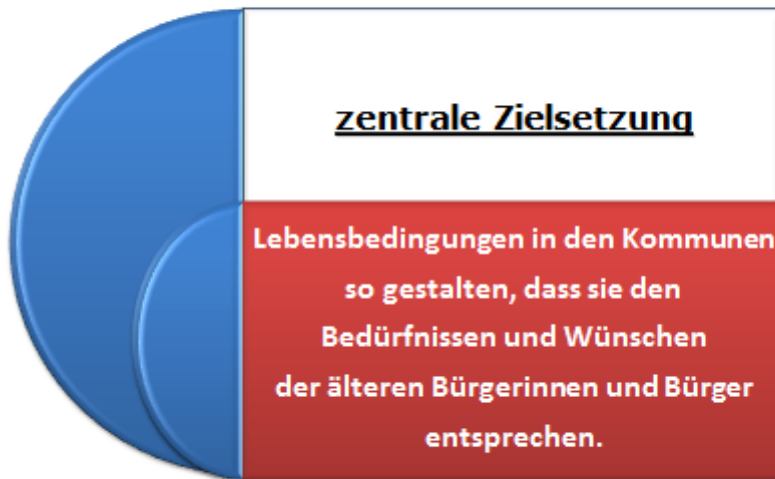
Jürgen Laupheimer, Sozialplaner des Landkreises Rosenheim, gibt einen Überblick zum aktuellen Stand der Umsetzung des Seniorenpolitischen Gesamtkonzepts. Er weist darauf hin, dass die heutige Veranstaltung ein wichtiger Bestandteil im Rahmen der Zwischenevaluation des Gesamtkonzeptes ist.



Das Seniorenpolitische Gesamtkonzept wurde unter weitreichender Beteiligung von älteren Bürgerinnen und Bürgern sowie vielen Fachleuten entwickelt. Es wurde die aktuelle Situation in den einzelnen Handlungsfeldern beschrieben, Ziele gesetzt und Umsetzungsempfehlungen gegeben.

Es ist vor allem die Aufgabe der Städte, Märkte und Gemeinden, entsprechend ihrer örtlichen Bedarfe, Ressourcen und Gegebenheiten Schwerpunkte zu setzen und Prioritäten zu bestimmen. Die gegebenen Maßnahmenempfehlungen werden dann auf örtlicher Ebene konkretisiert und der lokalen Situation angepasst.

SENIORENPOLITISCHES GESAMTKONZEPT



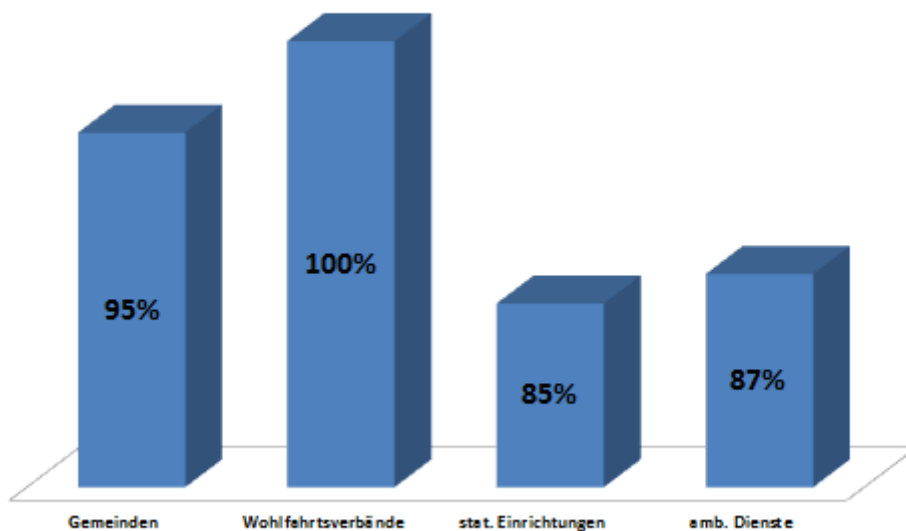
15.04.2015

- Landratsamt Rosenheim / Sozialplanung -

3

Die zentrale Zielsetzung des Seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes ist es, die Lebensbedingungen der älteren Menschen im Landkreis so zu gestalten, dass sie den Bedürfnissen und Wünschen eines selbstbestimmten Lebens entsprechen. Das Gesamtkonzept hat insbesondere das Ziel, die selbstverantwortliche Mitwirkung der älteren Generation zu ermöglichen und das ehrenamtliche Engagement zu stärken.

Ist Ihnen das Seniorenpolitische Gesamtkonzept für den Landkreis Rosenheim von 2011 bekannt?



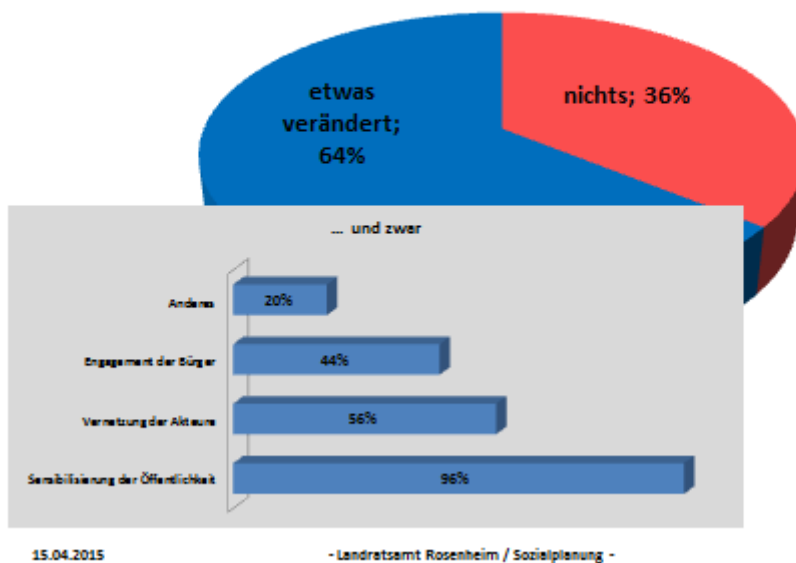
15.04.2015

- Landratsamt Rosenheim / Sozialplanung -

4

Eine aktuelle schriftliche Befragung der Gemeinden, ambulanten Dienste, stationären Einrichtungen, Kammern und Pflegekassenverbände hat ergeben, dass das Seniorenpolitische Gesamtkonzept des Landkreises bei der Mehrzahl der Akteure bekannt ist.

Was hat sich seit Einführung des Konzepts in Ihrer
Gemeinde/Stadt verändert?



In zwei Drittel der Gemeinden hat sich seit der Einführung des Konzepts etwas verändert hat:

1. Die Öffentlichkeit schenkt dem Thema Seniorenhilfe- und Seniorenpolitik mehr Aufmerksamkeit (96%)
2. Die Akteure haben sich seitdem in den Gemeinden besser vernetzt und arbeiten besser zusammen (56%)
3. Die Bürgerinnen und Bürger engagieren sich stärker (44%)
4. Anderes (20%): Seniorenbroschüren wurden herausgegeben, Mobilitätsmodelle entwickelt, Interessenvertretungen gestärkt, Netzwerkvereine gegründet und Barrierefreiheit verbessert.



15.04.2015

- Landratsamt Rosenheim / Sozialplanung -

6

Die selbstbestimmte Lebensführung älterer hilfsbedürftiger Menschen ist in den Gemeinden weitestgehend sichergestellt. Vor allem durch die ambulanten Dienste, teilstationäre Angebote, ehrenamtliche Nachbarschaftshilfe, Bürgerhilfen, Beratungsangebote, Hausnotrufdienste, Essen auf Räder, Lieferservice, etc.

Aktuell ist barrierefreier und altersgerechter Wohnraum eher nicht ausreichend. Es gibt in einigen Gemeinden aktuelle Maßnahmen und Planungen um zukünftig altersgerechten Wohnraum zu gewährleisten und auch zu alternativen Wohnformen (Betreutes Wohnen, Quartierskonzepte).

Qualifizierte Beratung zur Anpassung des Wohnraums ist nur teilweise sichergestellt. Das aktuell zu Verfügung stehende Angebot über die Wohlfahrtsverbände, die Bayerische Architektenkammer und die Gemeinden ist sicherlich zukünftig nicht ausreichend.



15.04.2015

- Landratsamt Rosenheim / Sozialplanung -

7

Die Nahversorgung und die Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe sind weitestgehend sichergestellt. In vielen Gemeinden gibt es ein speziell auf Senioren abgestimmtes Bildungs-, Freizeit-, Sport- und Kulturangebot.

Es gibt in den letzten Jahren in vielen Gemeinden Maßnahmen um die individuelle Mobilität der Senioren zu sichern, z.B. durch ehrenamtliche Fahrdienste, Bürgertaxis oder Bürgermobile. Es sind auch Bemühungen zu erkennen, die größtmögliche Barrierefreiheit im öffentlichen Raum zu verbessern. Maßnahmen werden Zug um Zug umgesetzt, z.B. Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden und Plätzen, Verkehrsentwicklungskonzepte mit abgesenkten Gehwegen, Blindenleitsystemen und barrierefreie Bushaltestellen.

Die Interessenvertretung der älteren Menschen und die Beteiligung der örtlichen Seniorenbeauftragten sind nach Aussage der Gemeinden nur teilweise sichergestellt.



Die Beratungsangebote durch die Wohlfahrtsverbände wurden ausgebaut und gestärkt. Die ambulanten Dienste und Pflegekassen beraten auch zum altersgerechten Wohnen zu Hause. In allen Gemeinden stehen Seniorenbeauftragte für die Bürgerinnen und Bürger zu Verfügung. Regelmäßige Sprechstunden der Seniorenbeauftragten haben sich aber nur vereinzelt etabliert.

In den meisten Gemeinden gibt es keinen örtlichen Ratgeber für Senioren und auch selten Informationsveranstaltungen oder Bürgerversammlungen zu seniorenspezifischen Themen. Es ist sicherlich auch noch mehr gezielte Öffentlichkeitsarbeit notwendig, wenn es z.B. um die Gewinnung von Ehrenamtlichen in der Seniorenhilfe geht.



Das bedarfsgerechte und wohnortnahe Betreuung- und Pflegeangebot im Landkreis ist gesichert (Pflegebedarfsgutachten von 2008). Tages-, Kurzzeit- und Verhinderungspflege wurden ausgebaut. Auch die Wohn- und Betreuungsangebote für Menschen mit Demenz wurden weiterentwickelt.

Den Diensten und Einrichtungen fällt es aktuell schwer, qualifizierte Pflegefachkräfte zu finden. Sie gehen davon aus, dass sich das in den nächsten Jahren noch erschweren wird.

Die Unterstützung, Beratung und Schulung pflegender Angehöriger wurde in den letzten durch die Wohlfahrtsverbände und die ambulanten Pflegedienste ausgebaut. Es wurden Programme zur Entlastung entwickelt, das Selbstbewusstsein pflegender Angehöriger gestärkt und auch vermehrt Wert auf die Gewinnung, Schulung und Begleitung von ehrenamtlichen Pflegepartnern gelegt.

Arbeitsgruppen

Arbeitsgruppe	Moderation	Raum
AG 1: Seniorenrechtliches Wohnen und Bauen	Herr Brummer	Saal
AG 2: Fachkräftemangel in der Betreuung und Pflege	Herr Laupheimer	Raum 102
AG 3: Beratung älterer Menschen, Informa- tion und Öffentlichkeitsarbeit	Frau Stock	Raum 101
AG 4: Gemeindliche Konzepte, Interessen- vertretung und Beteiligung	Herr Dr. Diller	Raum 104

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten die oben genannten Themen in den Arbeitsgruppen unter Beachtung der folgenden Leitfragen:

1. Was sind die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen?
2. Welche Lösungen gibt es?
3. Welche konkreten Maßnahmen sind notwendig?
4. Wer sind die Partner?

Die Moderatoren der Arbeitsgruppen stellten die Ergebnisse dem gesamten Teilnehmerkreis jeweils im Plenum vor.

Arbeitsgruppe 1: Seniorengerechtes Wohnen und Bauen



Herausforderungen:

- Wohnen zu Hause bis zum Ende
- Aktueller Wohnungsbestand
- Seniorengerechter u. bezahlbarer Wohnraum, Bedarf an kleinen Wohnungen
- Wohnungsmangel, Ausgleich zwischen Senioren und Familien
- Sensibilisierung für Wohnungsanpassung, ausreichend Wohnberatung
- Entwicklung von Hausgemeinschaften (Haustiere erlauben)
- Seniorengerechte Infrastruktur
- Fehlende Infrastruktur in kleinen Gemeinden, Dorfentwicklung
- Bewusstseinsbildung (Senioren äußern sich zu wenig)

- Bewusstseinsbildung für senioren- und behindertengerechtes Bauen bei Gesetzgeber, Politikern und Gemeinderäten
- Politiker begeistern, finanzielle Ressourcen bereitstellen
- Rechtsunsicherheit zu alternativen Wohnformen

Lösungen:

- Stärkung der Mieterrechte
- Wohnen für Hilfe
- Ausbau der Wohnberatung
- Architekten beraten im privaten Wohnungsbau
- Gemeinden und Private bauen seniorenrechte barrierefreie Wohnungen
- Sozialer Wohnungsbau
- Nachtbetreuung
- Ambulant Betreutes Wohnen
- Pflegewohngruppen in der Gemeinde
- Barrierefreiheit (auch Aufzug und Tiefgarage)
- Senioren tauschen großes Haus mit Familien

Maßnahmen:

- Runde Tische mit Ausspruchsgruppen, Kontaktgruppe „Soziales“
- Dorfentwicklung
- Änderung der Bauordnung
- Verbesserung ÖPNV und Infrastruktur
- Verbesserung der Förderung von Maßnahmen im Wohnungsbestand
- Niedrigschwellige Beratung und Begleitung (Wohnberatung)
- Bewusstseinsbildung auf Gemeindeebene (in Gemeindezeitung)
- Aktivierung der Investoren / Bauträger im Wohnungsbestand

Partner:

- Gemeinden
- Sozialhilfeträger
- Gesetzgeber (staatliche Förderung geknüpft an Bedingungen)
- Gesetzgeber (sozialer Wohnungsbau)

- Seniorenbeauftragte
- Nachbarschaftshilfe
- Wohlfahrtswesen
- Architekten
- Pflegekassen
- Wohnungsbaugenossenschaften, Wohnungsbaugesellschaften
- Gemeinden und Landkreis (sozialer Wohnungsbau)
- Senioren und alle Akteure vor Ort
- Kirche, Netzwerke

Arbeitsgruppe 2: Fachkräftemangel in der Betreuung und Pflege



Herausforderungen:

- Anerkennung ausländischer Berufsausbildungen
- Arbeitsbedingungen (Arbeitsverdichtung)
- Bezahlung
- Wohnraum für Beschäftigte
- Wertschätzung der Arbeit
- Altersstruktur (50+) der derzeit Beschäftigten
- Generalisierte Ausbildung ab 2018 (→ vorübergehend verstärkter Pflegekräftemangel)

Lösungen:

- Verbesserter Personalschlüssel
- Mehr Zeit für persönliche Kontakte (Bezugspflege)
- Gesellschaftliche Diskussion zur Pflegesituation
- Verbessertes Image des Berufsbildes
- Mehr Transparenz und Informationen zum Berufsbild

Maßnahmen:

- Kampagnen (auch in Schulen)
- Beteiligung bei Ausbildungsmessen
- Kontaktmöglichkeiten mit Beruf schaffen
- Senioren in Kindergärten und Schulen integrieren
- Lehrer als Multiplikatoren
- Lobbyarbeit für den Menschen
- Freiwilligendienste stärken

Partner:

- Vorschule und Schule
- Lehrer
- Politik
- Medien
- Agentur für Arbeit / Berufsberatung

Arbeitsgruppe 3 : Beratung älterer Menschen, Information und Öffentlichkeitsarbeit



Herausforderungen:

- Bündelung von Informationen
- Koordinator
- Informationen für Ärzte
- Zentraler Verteiler
- Zielgruppe nicht nur ältere Menschen, sondern auch deren Angehörige
- Verständliche Informationen (einfache Sprache, möglichst barrierefrei, große Schrift, Bilder mit kurzen Texten)
- vorbeugend ("In jungen Jahren an das Alter denken", Informationen, die Wohnsituationen betreffend, z.B. WGs, Seniorenheime, Wohnberatung, Finanzen sollten vorbeugend verfasst werden)

Lösungen:

- Beratungspflicht durch Kommunen
- Gemeindeblatt
- Seniorenvernetzung, Stammtische
- Lösungsorientierter Seniorenratgeber (nicht themenorientiert, sondern Fragen gezielt beantwortet)

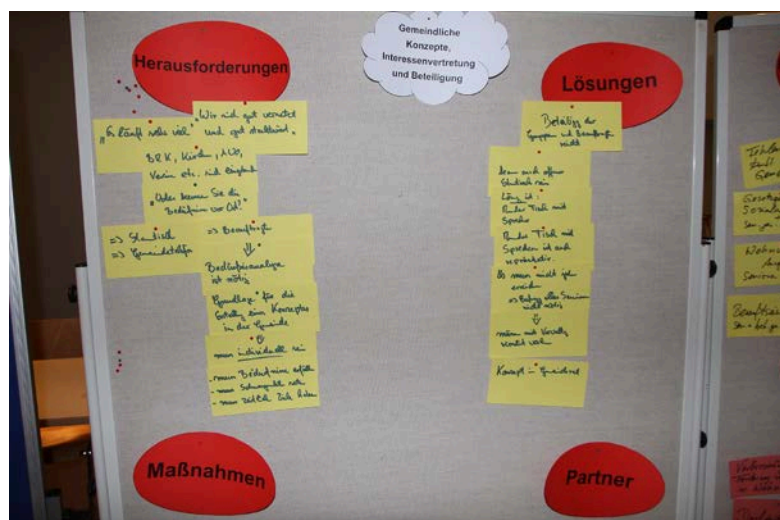
Maßnahmen:

- Barrierefreie Informationen
- Gezielter Verteiler
- Regelmäßig oft (häufiger Grundinformationen, viele Infoveranstaltungen in den Gemeinden)
- Regionaler Seniorenratgeber
- Kontakt, Vernetzung
- Sprechstunden der Seniorenbeauftragten (jeweils mit Schwerpunktthema, z.B. Wohnungsmarkt, Wohnungsanpassung, Pflegestufen usw.)
- Gezielter Verteiler

Partner:

- Koordinator für Informationen
- Kümmerer
- Ambulante / stationäre Einrichtungen
- Presse
- Seniorenbeauftragte
- Wohlfahrtsverbände

Arbeitsgruppe 4: Gemeindliche Konzepte, Interessenvertretung und Beteiligung



Herausforderungen?

- „es läuft sehr viel“
- „wir sind gut vernetzt und gut strukturiert“
- Beauftragte, BRK, Kirchen, AWO, Vereine etc. sind eingebunden
- Gemeinden sind gut aufgestellt, aber genauer Überblick fehlt (Analyse der Bedürfnisse möglich)
- „woher kennen sie die Bedürfnisse vor Ort“: Stammtisch, Gemeindetelefon, Seniorenbeauftragte

- Bedürfnisanalyse ist nötig als Grundlage für die Erstellung eines Konzepts in der Gemeinde
- Konzept muss individuell sein (muss Bedürfnisse erfüllen, Schwerpunkte setzen, zeitliche Ziele haben)
- „Wie wollen die Senioren eingebunden werden?“
- Konzept in Gemeinderat einbringen

Lösungen:

AG 1:

- Am Anfang Bedürfnisanalyse (empirisch)
- Bürgerbefragung (anonym) durch Beauftragten, Verwaltung
- Danach Konzepterstellung
- Arbeit auf viele verteilen, Kontaktgruppe bilden
- Zugang zu Gemeinderat notwendig
- Aufzeigen von Wegen der einfachen Beteiligung

AG 2:

- Beteiligung der Gruppen und Beauftragten reicht
- Runder Tisch mit Sprecher (repräsentativ, Kontakt zur Gemeindeverwaltung wichtig)
- Befragung aller Senioren nicht notwendig
- Konzept in Gemeinderat einbringen

Maßnahmen:

- Anonyme Befragung
- Danach Konzept erstellen
- Gesellschaftliche Gruppen einbinden

Partner:

- Alle gesellschaftlichen Gruppen

Weiteres Vorgehen und Ausblick:

Herr Laupheimer schloss die Veranstaltung. Er dankte allen Teilnehmenden für die aktive Beteiligung in den Arbeitsgruppen.

Es wurden fundierte Erkenntnisse und Ergebnisse gewonnen, die nun aufgearbeitet, mit der Steuerungsgruppe diskutiert und bewertet werden und dann einen wesentlichen Anteil an der Weiterentwicklung des Konzepts haben werden.